Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.

Filialexpeditionen: Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2935) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7505).

Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz werden entsprechend höher berechnet.
Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur mit der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. V., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 573. Donnerstag den 10. November 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

• Es wird abermals eine Zusammenkunft des deutschen Kaisers und des Zaren in Skierniewice angekündigt. (S. Dtsch. Reich.)

• Der Kaiser hat sämtlichen Offizieren und etwa 80 Mann des Marine-Expeditionskorps in Südwestafrika Orden verliehen. (S. Dtsch. Reich.)

• Der Rücktritt des Obersten Leutwein von seinem Gouverneurposten in Südwestafrika gilt nunmehr als nahe bevorstehend. (S. Dtsch. Reich.)

• Nach einer wenig glaubhaften Meldung aus Kapstadt wäre eine Anzahl deutscher Kolonisten und zwölf Mann der deutschen Schutztruppe von Hottentotten über die Grenze nach der Kapkolonie hineingetrieben worden. (S. Aufstand in Südwestafrika.)

• Nach Wiener privaten Meldungen aus Innsbruck sollen in der Klosterkaserne blutige Streithändel zwischen deutschen und italienischen Mannschaften vorgekommen sein. Die Blätter, die das Geständnis des italienischen Soldaten brachten, der Pezzey ermordete, wurden beschlagnahmt. (S. den besond. Artikel.)

• Der Abgeordnete Syveton sollte gestern vom Chef der Pariser Sicherheitspolizei verhaftet werden, war aber nicht zu Hause. (S. Ausland.)

• Wohl im Auftrag Delcassés meldet die „Agence Havas“, daß die in Vigo ausgeschifften russischen Offiziere sowohl als Zeugen wie als Verantwortliche behandelt werden sollen. Die Kommission tagt in 14 Tagen in Paris, im gleichen Saal des Ministeriums des Aeußeren, wo nach dem spanisch-amerikanischen Kriege die Friedenskonferenz tagte. (S. russ.-jap. Krieg.)

• Die Parteiorganisation der amerikanischen Demokratie gilt als völlig gescheitert. Bryan und die Populisten werden eine neue radikale Partei bilden. (S. den bes. Artikel.)

System Taaffe.

Worin besteht die Aufgabe eines leitenden Staatsmannes? Man ist versucht, auf die fürwitzige Frage zu antworten: Nun, im „Leiten“, wie das Beiwort es besagt. Indessen ein Blick auf die Praxis genügt, um die Antwort zu verwerfen, und dann stehen wir wieder vor einem Fragezeichen. Den Eindruck hat wohl niemand, daß ein einheitlicher Wille die Reichsregierung oder die Regierung des größten deutschen Bundesstaates beseele; niemand ist wohl imstande, Ziele zu bezeichnen, zu denen wir „geleitet“ würden, den Weg anzugeben, auf dem wir in der nächsten Zukunft weiterschreiten werden. Die Straße kann geradeaus, sie kann aber auch nach rechts, und wenn nicht nach rechts, so doch vielleicht nach links führen; wir gehen vermutlich vorwärts, vielleicht bleiben wir aber auch stehen, und ganz ausgeschlossen ist es nicht, daß wir die Gewohnheit des bekannten schmackhaften Schalentieres annehmen. „Nichts Gewisses weiß man nicht.“

Das gilt auf allen Gebieten des politischen Lebens, vor allem aber von unserer auswärtigen Politik. Seit einiger Zeit hat die Oeffentlichkeit den Eindruck, daß wir uns dem russischen Reiche genähert haben; wer aber würde auch nur erstaunen, wenn der Kaiser morgen nach England reiste und damit dem Staatsschiff einen neuen Kurs gäbe? Diejenigen, die sich überhaupt noch für die politische Entwickelung interessieren — wir haben den Eindruck, als verminderte sich in den gebildeten Kreisen der Nation die Schar dieser Sonderlinge täglich — würden die Achsel zucken und sich der Hoffnung hingeben, daß es der bewährten diplomatischen Kunst des Grafen Bülow gelingen werde, die entstandene Falte wieder auszubügeln.

Nun könnten ja bescheidene Gemüter erwidern, der Untertanenverstand sei eben beschränkt, wir Glieder des profanum vulgus hätten nicht die Horizonte, die sich vor den Männern auftun, in deren Kabinetten alle Fäden zusammenlaufen. Und gewiß ist daran etwas Wahres, es steht uns weder das gleiche Tatsachenmaterial zu Gebote, noch sehen wir, wie die Fäden sich von Persönlichkeit zu Persönlichkeit spinnen, und so tappen wir oft im Dunkeln. Das aber ist nicht unsere Schuld, es ist Schuld unserer Volksvertretung, die eine rührende Ehrfurcht vor den Mysterien der auswärtigen Politik bekundet und an dies Prärogativ einiger Geheimräte beileibe nicht zu rühren wagt. Nun sind wir nicht so tölpelhaft, noch so zudringlich, in Werdendes hineinzugreifen und vielleicht mit plumper Hand zarte Keime zu zerstören, der Hinweis auf „schwebende“ Verhandlungen veranlaßt jeden guten Deutschen, sich eilends diskret zurückzuziehen. Was aber das Parlament nach Recht und Pflicht fordern sollte, das ist eine Aufklärung über die Gesamtrichtung der auswärtigen Politik. Programmatisches haben wir schon lange nicht mehr gehört, außer den folgenden, großen, stets mit lebhaftem Beifall quittierten, von wahrhaft weiser „Realpolitik“ eingegebenen Sätzen: 1) Wir treiben unentwegt Weltpolitik. 2) Unsere Friedensliebe ist unbegrenzt. 3) Wir verlangen unseren Platz an der Sonne. 4) An keinem Punkte unseres Planeten sind wir irgendwie interessiert. 5) Nur unsere eigenen Interessen bilden unsere Richtschnur. 6) Alle Nationen stehen unserem Herzen gleich nahe. Seid umschlungen, Millionen! — Diese wunderliche Mischung aus Knixen und Brüsten, aus „Uns kann Keiner!“ und „Bitte, nach Ihnen!“ ist uns in den letzten Jahren immer wieder vorgesetzt worden und der Reichstag hat die unbekömmliche Kost behaglich als Delikatesse verzehrt. Nicht einen Augenblick lassen wir die Vermutung zu, daß Graf Bülow, der im Privatgespräch frappante Gesichtspunkte und treffende Parallelen aus der Geschichte zur Hand hat, nichts Tieferes, nichts Exakteres über Theorie und Praxis der auswärtigen Politik zu sagen wisse. Da aber aus der Mitte der staatserhaltenden Parteien niemand wagt, ihn stärker zu beschwören und die Sozialdemokratie auf diesem Gebiete unzurechnungsfähig und quantité négligeable ist, so begnügt sich der Kanzler mit den oben erwähnten ewigen Wahrheiten. Vermutlich wird er nachher schmunzeln, die Souveräne von Volkes Gnaden sehr bequem finden und höchstens verwundert fragen, wie Friedrich der Große es müde werden konnte, über Sklaven zu regieren. Aber es fehlt jener Impuls, jener Anreiz, von dem Minister v. Hammerstein vor wenigen Tagen bekannte, daß er gerade ihm und seinen Kollegen so sehr nottue, und so hören wir aus des Kanzlers Munde nie mehr als das Bekenntnis zu einer weisen, vorsichtigen, nationalen und friedliebenden Politik. Es kommt auf die Adjektive nicht an, sie sind epitheta ornantia und können beliebig vertauscht werden. Die Volksboten glauben, indes dieser wohlig-warme Regen auf sie herniederquillt, am sausenden Webstuhl der Zeit zu sitzen, einen großen Tag zu erleben und fühlen, von wollüstigem Schauer ergriffen, die Weihe des historischen Augenblicks. Seit Virchows Abrüstungsblamage wagt sich niemand mehr vor. Und so ist die auswärtige Politik ein gänzlich unkontrolliertes und unkontrollierbares Gebiet geworden. Wir bedauern dies lebhaft. Wir glauben, daß viele Schwankungen vermieden worden wären, wenn der Reichstag energischer auf seinem Recht bestanden, Aufklärung gefordert, Kritik geübt, Ziele gezeigt, Wege gewiesen hätte. Dem leitenden Staatsmann wäre eine solche Haltung gewiß nicht unbequem gewesen, wie man denn überhaupt nicht etwa glauben darf, daß Opposition „oben“ immer unangenehm empfunden werde. Es gibt bekanntlich über der hohen noch eine höchste Stelle, und dieser gegenüber vermag eine anspruchsvolle Haltung des Reichstages eine sichere Stütze zu gewähren. Die Schuld liegt hauptsächlich bei den Konservativen, die es für geboten erachten, sich als Stützen des Thrones zu gerieren und jede Erörterung „loyal“ von der Hand zu weisen; die liberalen Parteien haben ja ohnehin nicht das Ohr der Regierenden, sie ziehen es darum für gewöhnlich auch vor, den „politischen Takt“, der ihnen immer abgesprochen wird, möglichst ausgiebig an den Tag zu legen und Vertrauen zu bekunden in solchen Quantitäten, als ob Vertrauen eine Ramschware wäre, mit der man schleudern kann.

Diese Ausführungen scheinen vielleicht dem nicht zünftig politischen Leser unzeitgemäß; in politischen Kreisen wird man ihnen diese Bezeichnung nicht beilegen. Denn hier gibt man sich keiner Illusion darüber hin, daß die letzten Jahre unfruchtbar waren und daß eine Stagnation eingetreten ist, oder, wie wir auch höflicher sagen können, daß wir allzusehr am bewährten Alten festgehalten haben. Deutschland ist nicht in einen Krieg verwickelt worden, das ist das einzige positive — oder, wenn man will, negative — Fazit unserer auswärtigen Politik. Im übrigen aber beglückt uns zur Stunde die Gewißheit, daß wir des Imperialisten Roosevelt Wiederwahl durch die Bereitwilligkeit zu einem Schiedsgerichtsvertrag begünstigt haben, ein „Erfolg“, der die „N. A. Z.“ zu den muntersten Ausblicken ins goldene Zeitalter anregt. Die schiedsgerichtliche Farce, die England und Rußland uns soeben vorgespielt haben, dürfte aber doch geeignet sein, weite Kreise über den realpolitischen Wert dieser Verträge zu belehren. Andere Resultate hat die auswärtige Politik Deutschlands seit Jahren nicht mehr aufzuweisen, und so scheint es berechtigt, die öffentliche Aufmerksamkeit gerade auf dies Gebiet hinzulenken. Die weitgehende Nachsicht, die Englands Staatsmänner Rußland gegenüber an den Tag gelegt haben, sollte uns zu denken geben. Balfour und Genossen haben sehr geschickt operiert. Durch das Waffengeklirr sollte erstens der wild gewordene John Bull befriedigt, zweitens sollte die russische Regierung eingeschüchtert werden. Dies aber nur zu dem Zweck, unmittelbar darauf sich versöhnlich zu zeigen, um den Wert dieser Versöhnlichkeit in Petersburg zur vollen Schätzung zu bringen. Die englischen Staatsmänner haben die eigenen tobenden Volksgenossen um höherer Zwecke willen zum Narren gehalten und gemeinsam mit den Russen eine Komödie gespielt, als sie die Flotte entschlüpfen ließen. Für uns war es ein amüsantes Schauspiel, nur möchten wir keinen allzu hohen Preis dafür zahlen. Denn vielleicht tun wir doch gut zu fragen, wie die bis zur Schwäche getriebene Konnivenz des Foreign Office sich erklärt. Und da dürfte sich nur die eine Antwort einstellen, daß England eben den traditionellen Gegner nach der gewaltigen Schwächung Rußlands im östlichsten Asien nicht mehr in Rußland, sondern in dem kraftvoll emporstrebenden Deutschland erblickt und in weit umschauender Politik die Gruppierung zu schaffen sucht, die für den Tag der Abrechnung die günstigste scheint. Verfahren wir ähnlich? Suchen wir in gebotener Notwehr ebenfalls die große Stunde vorzubereiten? Wir wissen, was unsere Offiziösen auf diese Frage antworten würden. Luftschifferpolitik sei es, so auf eine Eventualität hinzuarbeiten, die vielleicht gar nicht eintrete, für alle unsere Bedürfnisse genüge vollauf der immer aufs neue gefestigte Dreibund. Aber in den Tagen nach den Innsbrucker Straßenkämpfen würde dies Argument nicht viel Beachtung finden. Wir unterschätzen den Dreibund nicht, wir sind der nüchternen Ansicht, daß er besser ist als ein Vacuum, aber wir fürchten, daß er in den maßgebenden Kreisen sehr erheblich überschätzt wird. Das Auswärtige Amt leidet, wie uns scheint, an mißverstandenem Hegelianismus; seine einzige Weisheit ist, das Bestehende vernünftig zu finden. Die Frage, ob es nicht wenigstens ergänzungsbedürftig sei, taucht gar nicht mehr auf. Im Grunde ist es das System Taaffe, auf die auswärtige Politik Deutschlands übertragen. „Es wird fortgewurstelt“.

G.

Innsbruck.

Zum Tode Pezzeys.

Die Sonderausgabe des „Tir. Tagbl.“, in welcher das Geständnis des Unterjägers Minotti, den Maler Pezzey erstochen zu haben, veröffentlicht wurde, verfiel, wie die „Boh.“ meldet, der Beschlagnahme. Die „Innsbrucker Nachr.“, welche diese Meldung bestätigten, wurden ebenfalls mit Beschlag belegt. Das „Tiroler Tagbl.“ schreibt in seiner nächsten Ausgabe: „Die Behörde hat die Nachricht einfach zu unterdrücken versucht, was aber ihr Bekanntwerden nicht hindern konnte. Durch das Geständnis Minottis erscheinen die über den Tod Pezzeys verbreiteten Märchen widerlegt.“ Das Blatt schreibt weiter, Hauptmann Lenprecht habe das Militär in der Blutnacht im Laufschritt vorgehen lassen und es ruhig mit angesehen, daß auch Fliehende von Soldaten verfolgt wurden, die eigenmächtig aus der Reihe vordrangen. Der Hauptmann habe es auch unterlassen, vor dem Sturmangriff das vorgeschriebene Trompetensignal geben zu lassen. Ein noch größeres Verschulden treffe jenen Kadettoffiziersstellvertreter, der den betreffenden Zug führte. Dieser habe seine Leute mit geschwungenem Säbel angefeuert.

Exzesse in der Kaserne.

Wiener Privatmeldungen aus Innsbruck verzeichnen ein bisher nicht bestätigtes Gerücht von angeblichen Streitigkeiten zwischen den deutschen und italienischen Mannschaften in der Innsbrucker Klosterkaserne. Mehrere Soldaten hätten Verletzungen erlitten.

Eine Versammlungsrede des Abgeordneten v. Grabmayr.

Aus Meran wird den „Hamb. Nachr.“ depeschiert, daß im deutschen Bürgerverein der Abgeordnete des verfassungstreuen tirolischen Großgrundbesitzes Dr. von Grabmayr über die politische Lage sprach. Er warf der Regierung vor, daß sie durch die ganze Behandlung der Innsbrucker Universitätsfrage zu jener beklagenswerten Entwicklung beitrug, die vorläufig mit der Katastrophe vom 3. November abschloß. Trotz der gewaltigen Erregung müsse man wieder ruhiges Blut gewinnen. Man dürfe die fanatisierte Bande, die in Innsbruck auf die Deutschen schoß, nicht mit dem italienischen Volke verwechseln. Heute gebe es nur eine vernünftige Lösung: die Verlegung der italienischen Fakultät nach Triest, wo sie allein die Voraussetzungen ihres Gedeihens finde: „Wenn wieder einmal verfassungsmäßige Zustände wiederkehren, brauchen wir die Italiener im Parlamente als Bundesgenossen gegen die Slaven, aber auch für das Wohl Tirols ist eine Verständigung mit den Italienern unerläßlich.“ Betreffs des Verhältnisses der deutschen Linken zur Regierung sagte Grabmayr: „Soll die Opposition ernst und nicht bloß Spiegelfechterei sein, so muß sie das Ziel verfolgen, die Regierung zu stürzen. Die Opposition muß bereit sein, die Regierung selbst zu übernehmen. Da muß man doch fragen, ob die oppositionslustigen Elemente der deutschen Gemeinbürgschaft ernsthaft glauben, daß nach Koerbers Sturz für den Staat und die Deutschen eine bessere Regierung käme oder ob sie es gar für denkbar halten, daß unter den heutigen Verhältnissen eine deutsche Parteiregierung berufen werde und sich parlamentarisch behaupte. Solange die Regierung von ihrem Neutralitätsprogramme nicht abgeht, haben nach meiner Ansicht die Deutschen keinen Anlaß, ihre neutrale Haltung zu ändern, die sie zu nichts anderem als einer objektiven sachlichen Prüfung und Beurteilung aller Aktionen und Vorschläge der Regierung verpflichtet.“ Schließlich empfahl Grabmayr Herr v. Koerber möge nach Tiszas Beispiel eine Reform der parlamentarischen Geschäftsordnung betreiben.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Deutsch-freundliche Herero-Kapitäne.

Salatiel, ein Sohn Kambazembis, des verstorbenen bekannten Kapitäns von Waterberg, hat sich nach zuverlässigen Privatnachrichten mit sechzig Bewaffneten bedingungslos ergeben. Salatiel ist derjenige Großmann, von dem zu wiederholten Malen behauptet wurde, daß er so weit, wie möglich, Ruhe gehalten und sich nur gezwungen dem Aufstande angeschlossen habe. Die Ergebung würde, wie die „Nat.-Ztg.“ meint, zu dieser Haltung passen. Salatiels auf der Flucht befindliche Werft stand zuletzt tief im Sandfelde. Von amtlicher Seite ist über die Unterwerfung des Kapitäns noch nichts gemeldet worden.

Anfang September haben räuberische Herero-Horden auch Gobabis, der Station an der betschuanischen Grenze, wieder einen Besuch abgestattet und dem unmittelbar bei Gobabis sitzenden Kapitän Joseph, einem Herero und Verwandten des Ovambandjeruführers Tjetjo, des „Siegers“ von Owikokorero, die letzten 85 Kühe gestohlen. Die Leiche eines der Hirten wurde gräßlich zerstochen aufgefunden. Kapitän Joseph ist der deutschen Regierung von Anfang an unentwegt treugeblieben.

Verfolgung deutscher Farmer und Kolonialsoldaten auf britisches Gebiet.

Einem Kapstädter Telegramm zufolge wird der „Cape Mail“ aus Upington gedrahtet, daß eine große Anzahl Hottentotten an der Grenze der Kapkolonie erschienen, die eine Anzahl flüchtiger deutscher Kolonisten und zwölf Mann der deutschen Schutztruppe vor sich hertrieben. Die Flüchtlinge überschritten die deutsche Grenze. Obwohl es als unwahrscheinlich erachtet wird, daß die Hottentotten wagen werden, ihnen zu folgen, wurde die britische Grenzpolizei wesentlich verstärkt, um für jeden Fall gerüstet zu sein. Das Gesuch der deutschen Schutztruppler, nach Deutsch-Südwestafrika zurückkehren zu dürfen, wurde abgelehnt.

Die Gärung in Kamerun.

Die infolge der Zeitungsnachrichten über Unruhen im Gebiet der Station Bamenda beim Gouverneur in Kamerun eingezogenen telegraphischen Erkundigungen haben ergeben, daß die Bafut ruhig sind, dagegen in der Nähe von Babadju lokale Unruhen aus Anlaß des unter Leutnant v. Puttlitz stattfindenden Wegebaues entstanden waren. Bei einem am 18. Oktober stattgehabten Gefecht verlor der Gegner seinen Häuptling und 30 Tote, während auf unserer Seite keine Verluste zu verzeichnen waren. Der neue Häuptling hat auf der Station Bamenda seine Unterwerfung angeboten. Nach übereinstimmender Ansicht des stellvertretenden Gouverneurs und des Truppenkommandeurs bietet sich kein Anlaß zur Beunruhigung. Nahe bei Babadju sind genügend Streitkräfte vorhanden, um die den Aufständischen auferlegten Strafbedingungen durchzuführen.

Die amerikanische Präsidentschaftswahl.

Es ist folgendes telegraphische Resumé eingegangen:

• **New York**, 9. November. Die meisten Deutsch-Amerikaner stimmten für Roosevelt. Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhause berechnet man auf 75 Stimmen. Die Sozialdemokraten erhielten in der Stadt New York 25 000, im Staate New York 50 000, in Chicago 40 000 und in Milwaukee 17 000 Stimmen.

Wie ferner aus New York gemeldet wird, weisen die sozialistischen Stimmen eine starke Zunahme auf. Viele Anhänger von Bryan haben diesmal für Roosevelt gestimmt. Die Demokratie als Parteiorganisation gilt für völlig gescheitert. William Hearst, der Populistenkandidat Thomas Watson und Bryan gaben bereits die Erklärung ab, sie würden auf den Trümmern der Demokratie eine radikale Partei bilden.

Der russisch-japanische Krieg.

Die „Agence Havas“ über das russisch-englische Schiedsgericht.

Zweifellos von Herrn Delcassé direkt bedient, giebt die „Agence Havas“ folgende Einzelheiten bekannt, die zum Teil die Schwierigkeiten, die zwischen der russischen und der englischen Regierung bezüglich der Untersuchungs- und Schiedsgerichtskommission entstanden, waren, ohne sehr ernster Natur zu sein, doch nicht unerheblich und gaben zu lebhaften Besprechungen Anlaß. Es handelt sich namentlich um die Frage, ob die in Vigo ausgeschifften russischen Offiziere von der Kommission als Zeugen oder als Verantwortliche anzusehen seien. Die russische Regierung ist der Ansicht, daß diese Offiziere je nach der Entwickelung der Untersuchung sowohl als Zeugen, wie als Verantwortliche gelten und daß außerdem noch andere Verantwortlichkeiten in Frage kommen könnten. Man nimmt an, daß diese Kommission in etwa 14 Tagen in Paris und zwar wahrscheinlich in demselben Saale des Ministeriums des Aeußern zusammentreten wird, in dem die Friedenskonferenz nach dem spanisch-amerikanischen Kriege tagte.

Die Orenburg-Taschkent-Eisenbahn.

In einem sehr belehrenden, von Said Ruete gezeichneten Aufsatz der „Münch. Allg. Ztg.“ wird dargelegt, daß der Schwerpunkt der neuen Bahn, die ihr Entstehen der tatkräftigen Initiative des Ministers Michael Iwanowitsch Chilkoff verdankt, auf strategischem Gebiete liegt. Die um Aschabad und Taschkent garnisonierten 1. und 2. Turkestanischen Armeekorps, deren Ersatz und Verpflegung bisher bedeutende Schwierigkeiten boten, stehen nunmehr mit den großen militärischen Zentren Rußlands in direktem Verkehr. Diese Auffassung findet ihre Bestätigung durch eine von dem Generalgouverneur des Turkestan-Gebietes an den Chef der strategischen Bahnen gerichteten Depesche, welche besagt:

„Zur Unterstützung seines Einflusses und zum Schutz seiner Besitzungen in Zentralasien, sowie zur Paralysierung einiger für uns ungünstiger Erscheinungen auf dem Gebiete der internationalen Politik sieht sich Rußland gezwungen, im Generalgouvernement Turkestan bedeutende bewaffnete Streitkräfte zu